

Zeitschrift: Jahresbericht / Deutschschweizerischer Sprachverein

Herausgeber: Deutschschweizerischer Sprachverein

Band: 6 (1910)

Artikel: Deutsch und Welsch im vergangenen Jahr

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-595037>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Deutsch und Welsch im vergangenen Jahr.

Es ist für den vaterländisch gesinnten Schweizer keine Freude, über das gegenseitige Verhältnis unsrer Sprachgemeinschaften Bericht zu erstatten. Denn dieses bisher im ganzen friedliche Verhältnis scheint sich zu verschlechtern. Freilich wird in Zeitungen und öffentlichen Reden oft das Gegenteil behauptet. Aber diese rosige Auffassung kann derjenige nicht teilen, der sich die fortwährende Beobachtung der in Betracht kommenden Vorgänge zur Aufgabe gemacht hat, und daß so auffallend oft versichert wird, unser Sprachfriede werde auch in Zukunft ungetrübt sein, ist an sich schon ein Anzeichen dafür, daß man allerlei beunruhigende Dinge sieht. Kann uns jemand beweisen, daß unsre Besürchtungen unbegründet sind, so wird uns das erfreuen. Inzwischen berichten wir hier Jahr für Jahr so unbefangen als möglich was wir wahrnehmen.

Man wird freilich selten in der Presse unsres Landes beleidigende Äußerungen über anderssprachige Mithörger finden. Eine dieser seltenen Ausnahmen hat die „Neue Zürcher Zeitung“ scharf gerügt. Es war die «Gazette de Lausanne», die (am 5. Christmonat 1909) die im Tessin niedergelassenen Deutschen, „die schweizerischen und die andern“, eine Landplage genannt hatte. Zum Glück sind so arge Beleidigungen selten. Und doch bekämpft die französische Presse unsres Landes die deutsche Sprache und den deutschen Einfluß mit zunehmender Heftigkeit, indem sie fortwährend von einem Panzerianismus spricht, der eine Gefahr für die Schweiz sei und auch in der Schweiz bestehé. Was für Dinge unter diesem Namen bekämpft werden, lehrt folgendes Beispiel: Eine Genfer Zeitung («Le Peuple Genevois», vom 16. August d. J.) bringt einen Aufsatz über „Blutdürstigen Panzerianismus“. Darin wird erzählt, die „Straßburger Post“ habe den französischen Flugkünstlern, die sich über der Festung Meß sehen lassen wollten, mit Herunterschießen gedroht. Das sei Panzerianismus, sagt das Genfer Blatt und fährt dann fort: „Wir hätten das nicht erwähnt, wenn diese panzerianistische Gesinnung nicht bei uns in der Schweiz eifrige Anhänger hätte, sogar unter gewissen Leuten unsrer amtlichen Kreise.“

Das erwähnte Blatt ist freilich keines von denen, die für die Anschauungen der bessern Kreise unsrer welschen Mitbürger als maßgebend gelten können. Wohl aber gilt das von der Zeitschrift «Bibliothèque Universelle et Revue suisse», die, seit 1796 bestehend, eine lange und ehrenvolle Vergangenheit hinter sich hat. Im Jahr 1909 erschien in ihren Spalten ein literarisch wertloser Roman unter dem Titel «Latins et Germains» (Romanen und Germanen). Im „Bund“ (vom 31. Jänner 1910) beschwert sich Joseph Viktor Widmann über diese Erzählung, die, wie er sagt, „von Beleidigungen der deutschen Natur überfließt“. Und er fügt hinzu: „Richtig ist, daß ein die deutsche Rasse verächtlich behandelnder Roman — und auf Rassengegensätze weist ja der Titel — auch die Bevölkerung der deutschen Schweiz verunglimpft, insofern dieselbe als eine alemannische ebenfalls dem Germanentum zuzurechnen ist . . . Wir begreifen nicht, wie die sonst als gediegene Familienzeitschrift geleitete «Bibliothèque Universelle» auf einmal in ein so turbulentes, den Haß der Nationen aufpeitschendes Fahrwasser gelangen konnte . . .“ Was hier den verehrten Berner Dichter in Erstaunen setzt, das ist auch uns aufgefallen. Man war an dieser Zeitschrift dergleichen nicht gewohnt. Es scheint aber gegenwärtig in der welschen Schweiz diese unerfreuliche Strömung sich überall geltend zu machen.

Hierfür ist auch bezeichnend die Wandlung, die das «Journal de Genève» durchgemacht hat. Diese angesehenste französische Zeitung unsres Landes war bisher dafür bekannt, daß sie auch in den Fragen internationaler Politik eine gewisse Unabhängigkeit zu bewahren wußte. Und so hatte sie auch an dem Windmühlengefecht gegen den Pan-germanismus nicht teilgenommen. Seit dem vergangenen Jahre ist ein Redaktionswechsel eingetreten, bei dem außer einer uns hier nicht beschäftigenden Wendung in der äußern Politik bald auch eine veränderte Haltung gegen alles Deutsche zu bemerken war. Nicht nur bekämpft jetzt das «Journal de Genève» einen Pan-germanismus, von dessen Dasein es früher kaum etwas zu wissen schien, sondern es sind in seinen Spalten jetzt jeweilen auch jene läppischen Anekdoten zu finden, wie sie in Pariser Zeitungen von Zeit zu Zeit auftauchen, und die zum Zwecke haben, die deutsche Sprache lächerlich zu machen. Kurz, der Widerwille gegen das Deutschtum bricht auch hier durch.

Nur nebenbei bemerken wir, daß hier eine Strömung allgemeiner Art vorzuliegen scheint. Im benachbarten Elsaß macht seit etwa drei Jahren der Kampf für und gegen die deutsche Regierung, für und gegen unliebsame Beamte, dem Kampf für und gegen deutsche Sprache

und Kultur Platz. Eigentümlich ist auch, daß im vergangenen Frühjahr einer der führenden Staatsmänner Frankreichs, Doktor Clémenceau, in einer Wahlrede gesagt hat, Frankreich brauche ein kriegsbereites Heer, um seine Sprache zu schützen. Das sind neue Töne. Das Gemeinsame und Bezeichnende an all diesen Erscheinungen ist, daß die Angehörigen des französischen Sprachgebietes die deutsche Sprache und Kultur als eine hassenwerte Gefahr ansehen und bekämpfen. Früher war das nur in beschränktem Maße der Fall. Dauert diese Bewegung an, so gefährdet sie unsern bisherigen Sprachfrieden. Die Stellung schweizerischer Zeitungen für oder gegen das Deutsche Reich ist natürlich für unsre innern Verhältnisse von keinem Belang. Wenn aber nicht mehr das Deutsche Reich, sondern die deutsche Sprache bekämpft wird, so greift man damit etwas an, was schweizerisch ist, und legt den Grund zu jenem Sprachenstreit, den man zu verabscheuen vorgibt. Es wirkt auch keineswegs beruhigend, wenn einer der eifrigsten und geschicktesten Zeitungsschreiber der welschen Schweiz für seine langjährige deutschfeindliche Arbeit von der Regierung der französischen Republik zum Ritter der Ehrenlegion ernannt worden ist. Hoffen wir noch, daß erleuchtete und entschlossene Vaterlandsfreunde, wie es deren auch unter den französischen Schweizern viele gibt, dieses unheimliche Feuer ersticken werden, ehe es zu spät ist. Noch ist die große Masse des Volkes davon nicht angesteckt. Es ist aber Zeit, daß man dem gefährlichen Spiel ein Ende mache.

Eine gewisse Beruhigung ist es dagegen, daß die Union romande nichts mehr von sich hören läßt und nun auch offen tot gesagt wird. Professor Paul Seippel, der hier genau unterrichtet sein muß, schreibt in seinem kürzlich erschienenen Buch «Escarmouches» (S. 31): „Da die Gründer der Bewegung mit ihrer Ansicht nicht durchdrangen, so kümmerten sie sich nicht weiter um die Sache. Der mit der Ausarbeitung der Satzungen beauftragte Ausschuß hat seit zwei Jahren kein Lebenszeichen gegeben, und es scheint, daß die Union romande ein totgebornes Kind ist. Das ist zu bedauern, denn auf dem Gebiete des Unterrichts hätte sie eine nützliche Aufgabe zu erfüllen gehabt.“

Voriges Jahr haben wir durch einen Zufall in Erfahrung gebracht, daß man von Belgien aus der Union romande neues Leben hat einhauchen wollen. Die Schweiz wurde sogar daraufhin von einem der ausländischen Herren bereist. Wie es scheint, ohne Erfolg.

Ein ziemlich heftiger, wenn auch zum Glück kurzer Sprachenkampf tobte gegen Ende des letzten und im Anfang dieses Jahres im

Tessin. Über seine Anfänge berichteten wir schon letztes Jahr. Wir geben heute die Fortsetzung und den Schluß aus bloßer Gewissenhaftigkeit, damit unsre Berichterstattung von Jahr zu Jahr ein lückenloses Ganzes bilde.

Wir haben schon letztes Jahr bemerkt, daß die italienische Sprache neben den beiden andern in der Tat da und dort etwas zurückgesetzt worden ist. Die Tessiner haben nur dann unrecht, wenn sie darin eine Absicht sehen, statt es natürlich zu finden, daß sie bei ihrer geringen Zahl und ihrer räumlich abgeschlossenen Lage von selbst etwas in den Hintergrund geraten sind. Wie viel guter Wille in Bern bei den maßgebenden Persönlichkeiten so gut wie in der ganzen Schweiz vorhanden ist, das haben seither die Ereignisse in der unzweideutigsten Weise gezeigt. Denn die Tessiner sind mit ihren Beschwerden nicht auf den geringsten Widerstand gestoßen und haben sofort erreicht, was sie verlangten. Nicht eine einzige Stimme im Schweizerland hat sich dagegen erhoben, und niemals hat das uns deutschen Schweizern innenwohnende Billigkeitsgefühl sich so glänzend bewährt wie bei dieser Gelegenheit. Und doch wurde unsre Geduld auf eine harte Probe gestellt, denn die Presse italienischer Sprache brauchte die kränkendsten und unfeinsten Ausdrücke gegen uns deutsche Schweizer und zeigte eine Leidenschaftlichkeit und Verbissenheit, wie sie in andern Teilen der Schweiz kaum zu finden sind. Ein gewisser Trost mag darin liegen, daß die tessinischen Zeitungen großenteils nicht von Schweizern, sondern von eingewanderten Italienern geschrieben werden. Aber daß unsre tessinischen Landsleute den Eingewanderten einen derartigen Einfluß einräumen, ist eben für uns übrige Schweizer auch nicht gerade erfreulich. Denn es ist bei diesem Kampfe offenbar geworden, daß diese Fremdlinge uns hassen, auch für den eidgenössischen Gedanken kein Verständnis haben.

Daran scheint es nun freilich auch bei manchen Tessinern zu fehlen. Mitten in den Sprachenstreit hinein fiel jener merkwürdige Auftritt im Großen Rat des Kantons Tessin, der so viel Staub aufgeworfen hat, und der uns plötzlich die Augen geöffnet hat über die bedenklich uneidgenössische Gesinnung mancher Tessiner. Der Abgeordnete und Vorsitzende des Großen Rates, Plinio Perucchi, Gemeindepräsident von Stabio, hielt in der Behörde eine donnernde Rede gegen die Einmischung der Bundesbehörden in die tessinischen Angelegenheiten und schloß mit dem Satz, die Tessiner müßten sich nun doch endlich fragen, ob es ihnen passe, weiter mit Bern verbunden zu bleiben (se convenga ai Ticinesi di rimanere ancora attaccati a Berna,

nach dem Berichte der „Zürcher Post“). Es kam hierauf zu einem lärmenden Auftritt im Ktate, wobei sich eine Gruppe gegen und eine — freilich kleine — für Perucchi bildete. Regierungspräsident Borella wies die Worte Peruccis zurück: „denn solche Vorfälle tragen gewiß nicht dazu bei, das Ansehen des italienischen Teils bei der übrigen Schweiz zu erhöhen und den Tessinern die zur wirtschafts-politischen Entwicklung ihres Landes so notwendige Bundeshilfe zu sichern“ (nach der „Neuen Zürcher Zeitung“; hoffen wir, daß die Vaterlandsliebe der Tessiner noch einige andere Beweggründe habe als die Hoffnung auf Bundesgelder!).

Dieser Vorfall rief nun doch in der ganzen deutschen Schweiz Entrüstung hervor und erzeugte in der Presse scharfe Auslassungen.

Gleichzeitig wurde die öffentliche Meinung etwas näher bekannt mit dem Wesen der Società Dante Alighieri, die im Tessin kurz zuvor einen Zweigverein gegründet hatte. Dieser Danteverein wurde von den Beteiligten als eine harmlose Gesellschaft für die Pflege italienischer Kultur hingestellt. Der „Bund“ bewies aber (anfangs Christmonat 1909 und weiterhin) in einer Reihe trefflich geschriebener und urkundlich wohlbegründeter Aufsätze, daß der Danteverein unter anderm erstrebt, die nicht zum Königreich Italien gehörenden italienischen Nachbargebiete auf die Einverleibung vorzubereiten. Das Ende war denn auch, daß der schweizerische Gesandte in Rom, der Ehrenvorsitzender des tessinischen Dantevereins geworden war (siehe Seite 11 unsres fünften Jahresberichtes), aus dem Bunde austreten mußte.

Nun geschah aber etwas Merkwürdiges. Nationalrat Manzoni reichte beim Bundesrat die Frage ein, „ob der Bundesrat nicht beabsichtige, die geeigneten Maßnahmen zu treffen, wenn es auch nur die offizielle Kundgebung seiner Missbilligung wäre, um der im Tessin herrschenden Aufregung, hervorgerufen durch Zeitungsartikel, in denen einzelnen Bürgern antipatriotische Tendenzen vorgeworfen worden, ein Ende zu machen.“ Also der Spieß wurde umgedreht: der Bundesrat sollte die deutschschweizerische Presse tadeln, die sich über Herrn Perucchi und den Danteverein beschwerte! Der Bundesrat ging darauf selbstverständlich nicht ein, und Herr Bundespräsident Deucher wies den Fragesteller in messerscharfer Rede ab. Eigentümlich und lehrreich war es (wie der „Bund“ richtig bemerkte), daß außer einigen sozialistischen Parteigenossen Manzonis auch Nationalrat Secretan die Anfrage mitunterzeichnet hatte, der liberal-konservative Oberst mit dem Antimilitaristen, der Direktor der «Gazette de Lausanne» mit einem zu äußerst links

stehenden Freiheitsschwärmer zusammen gegen die Preßfreiheit, zwei politische Gegenfüßler, die sich sonst wohl noch nie vereinigt haben.

Haben hier die Verfechter der tessinischen Sondergelüste eine Niederlage erlitten, so können sie dagegen in ihrem Sprachenkampf von Erfolgen reden. Davon zeugen bereits einige postamtliche Drucksachen und Wagenaufschriften der Bundesbahnen, wo jetzt neben den beiden andern Sprachen auch die italienische ihren Platz findet. Die Forderung der Tessiner, die Bundesbehörden sollten künftig mit den tessinischen Amtsstellen nur in italienischer Sprache verkehren, was bisher der damit verbundenen Unbequemlichkeit wegen nicht immer geschehen konnte, ist vom Bundesrath genehmigt worden mit einigen wenigen Vorbehalten. Dieses Verfahren entspricht der bisher üblichen Auslegung der Bundesverfassung und ist gerecht. Als Verteidiger der deutschen Sprache haben wir hiergegen um so weniger einzuwenden, als die Neuerung nicht auf Kosten der deutschen, sondern auf Kosten der französischen Sprache geschieht.

Sofort nach dieser Erfüllung ihrer Forderungen traten aber die tessinischen Blätter mit neuen Beschwerden auf. Die Gotthardbahn hatte ihren deutschen Angestellten in mehreren Orten des Tessins deutsche Schulen errichtet, in Bellinzona sogar eine große Sekundarschule. Beim Ankauf der Bahn hatte der Bund diese Schulen mit zu übernehmen; das ging nicht anders, sie gehörten zum Eigentum der Gotthardbahn. Diese Schulen nun abzuschaffen beantragte im neuen eidgenössischen Kreiseisenbahnrat der Tessiner Fusoni. Hand in Hand damit ging ein heftiger Angriff auf diese Schulen in einem Teile der tessinischen Presse. Als es sich nun zeigte, daß die deutschen Schulen auch in den Tessiner Behörden Verteidiger fanden, zogen sich die Angreifer auf den Standpunkt zurück, nur die verfassungswidrige Tatsache, daß die Eidgenossenschaft Schulanstalten unterhalte, sei ihnen anstößig; die Schulen selbst als Privatschulen wären ihnen nicht im Wege, wenn nur der Bund sie nicht mehr unterhalte. Diese staatsrechtliche Frage kann man ja in der Tat aufwerfen; aber die Gegner der deutschen Schulen stellten sie nicht von Anfang an, sondern griffen die Schulen zuerst als solche an. Sie richteten zum Glück nichts aus, weil die Behörden des Kantons mit dem Bestehen der deutschen Bahnschulen durchaus einverstanden sind und es als eine nicht geringe Entlastung des Kantons ansehen, daß die eingewanderte deutsche Jugend auf fremde Kosten geschult wird.

Wir können in der Schweiz nicht zusammen leben und auskommen, wenn es eine Sprachgemeinschaft nicht seien kann, daß hier

oder dort unter besondern Verhältnissen auf ihrem Gebiete anderssprachige Schulen eingerichtet werden. Basel duldet seit Jahren eine kleine französische Schule, die unter der Aufsicht des französischen Konsulates steht. Bern hatte früher auch eine französische Schule, die aus Mangel an Schülern einging, und während der Jahre des großen Tunnelbaues am Simplon wurde in Naters die italienische Jugend von einem italienischen Lehrer unterrichtet, den der Kanton Wallis, die beteiligten Gemeinden, die Jura-Simplon-Bahn und der römische Danteverein gemeinsam bezahlten.

Außerst lehrreich war es, beim tessinischen Sprachenstreit das Verhalten unsrer deutschen Zeitungen zu beobachten. Sobald der Zorn über die Zeichen unschweizerischer Gesinnung verraucht war und man sich fragte, was gegen die zutage getretenen Missstände getan werden müßte, da konnte man überall in der Presse Abhandlungen finden, die in irgend einer Form größeres Entgegenkommen gegen die italienischen Schweizer anrieten. Nicht wenige forderten, wir sollten in den Schulen mehr italienisch treiben.

Entgegenkommen! Das ist ganz unsre Meinung, daß in der Schweiz alle Gruppen der Bevölkerung sich möglichst weit entgegenkommen sollen, damit daraus ein ersprießliches Zusammenleben und Zusammenarbeiten entsteht. Hat nun aber das Entgegenkommen der deutschen Schweizer gegen die nichtdeutschen bisher irgendwie zu wünschen übrig gelassen? Die italienische Sprache wird in der Schweiz von 221,000 Einwohnern gesprochen, die nicht einmal 7% ausmachen. Von diesen sind noch dazu über die Hälfte Ausländer. Die italienisch sprechenden Schweizer machen nur 3,5% der Schweizerbürger unsres ganzen Landes aus. Und dieser kleinen Minderheit gewährt die Bundesverfassung Gleichberechtigung. Ist eine solche Gleichberechtigung nicht tatsächlich ein großes Vorrecht? Wenn in einem Saal 100 Menschen beisammen sind und die Gruppe, die 70 Mann umfaßt, gewährt den beiden Minderheiten von 25 und von 5 Mann dieselben Rechte, die sie für sich selbst in Anspruch nimmt, so sind diese Minderheiten doch in einer bevorrechteten Stellung. Das darf hier denn doch einmal ausgesprochen werden. Wo findet man denn in Europa einen Staat, der sprachliche Minderheiten von so geringer Zahl verfassungsmäßig der Mehrheit gleichstellt? Haben in Italien die Bewohner der französischen Piemontertäler oder die der deutschen Sprachinseln oder die Griechen im Süden, haben in Frankreich die Bretonen, die Flamen, die italienischen Corsen irgend ein verbrieftes Recht? Gewährt die tessinische Kantonsverfassung den 2% deutschen Einwohnern, die genferische Verfassung den 10%

deutschen Einwohnern sprachliche Gleichberechtigung? Wie ist es jemand eingefallen, etwas dergleichen zu verlangen. Aber es ist sicherlich eine sonst nirgends vorkommende Minderheitsberücksichtigung gewesen, als man in der Bundesverfassung der unbedeutenden italienischen Minderheit volle sprachliche Gleichberechtigung einräumte.

Derselbe Willigkeitssinn zeigt sich darin, daß wir deutsche Schweizer stets in weitgehendem Maße freiwillig die Kosten des Verkehrs mit den Minderheiten auf uns nehmen, die doch von diesem Verkehr ebenso viel Vorteil haben wie wir. Wir sind's, die die Sprachen der andern lernen, wir, die Mehrheit. Um armer italienischer Handlanger willen lernen bei uns Richter, Beamte, Krankenwärter, Pförtner und Hauswärte italienisch, freiwillig und ohne jede Aussicht auf Belohnung.

Da ist es doch kaum angezeigt, daß wir uns sagen lassen, wir müßten noch mehr Entgegenkommen zeigen. Denn mehr Entgegenkommen kann man nicht zeigen, als wir bisher gezeigt haben. Wohl aber hätten wir den Italienern sagen können: Tut ihr nun auch einmal etwas und bringt auch ihr ein Opfer für die Bedürfnisse des Zusammenlebens.

Am Ende des Jahres 1909 erschien im „Bund“ ein schöner und kräftiger Aufsatz: „Eine Gefahr und ein patriotischer Neujahrsgruß.“ Darin wurde die ganze bedenkliche italienische Sonderbewegung, das unschweizerische Gebahren vieler Tessiner, die Treibereien des Dantevereins dargestellt. Aber die Schlussfolgerung des Verfassers ging nun nicht dahin, auf Mittel hinzuweisen, wie die Tessiner zu bessern Schweizern gemacht werden könnten, sondern es hieß, wir alle müßten bessere Schweizer werden. „Vertiefen wir die Liebe zu unserm Vaterland, heißt es da. Wir müssen bei der Erziehung unsrer Jungmannschaft ansehen, der jungen Schweizer aller Sprachen, aller Konfessionen, jeden Alters und Standes.“ Als ob bei uns die Absonderungsgelüste laut geworden wären! Nein, nicht wir müssen zu besseren Schweizern erzogen werden, sondern Herr Peruchi und seine Anhänger. Wenn ein feindliches Heer von Süden die Grenzen bedroht, so besetzt man die Südgrenze; ein schlechter Feldherr, der dann ausrufen würde: Gefahr im Süden, also allseitig die Grenzen besetzen!

Das einzige, was hier zu sagen war, ist dies: ihr Tessiner sollt auf eurem italienischen Sprachboden euer verbrieftes Sprachrecht jederzeit haben, aber ihr müßt als Gegenleistung die Interessen eures Vaterlandes über die eures Kantons stellen, wie wir übrige Schweizer das auch tun müssen, und ihr sollt uns deutsche Schweizer achten als eure Mitbürger und auch nicht unzufrieden sein, wenn ihr einmal

als Minderheit euch dem Willen der Mehrheit fügen müßt. Denn im schweizerischen Volksstaat, dem ihr angehört, entscheidet die Mehrheit, und das Leben mit uns muß euch um so leichter fallen, als ihr bei der Mehrheit allezeit die sorgfältigste Wahrung eurer Rechte und ein sehr weitgehendes Entgegenkommen findet.

Nun, wir vom Deutschschweizerischen Sprachverein haben unsern nichtdeutschen Landsleuten überhaupt keine Weisungen und Räte zu geben. Wir haben es bloß mit unsern deutschen Landsleuten zu tun, und ihnen möchten wir recht laut zurufen: fahret fort, gerecht im Sinne der Bundesverfassung und billig zu sein, wie es deutschem und schweizerischem Wesen entspricht. Aber die Klugheit gebietet, sich selbst nicht zu vergessen, und die Gerechtigkeit wird zur Ungerechtigkeit, wenn man nicht auch sein eigen Recht und seine eigne Stellung wahrt. Frieden wollen wir halten unter uns Eidgenossen, aber den Frieden um jeden Preis gewährt nur die Feigheit.

Der geschäftsführende Ausschuß.